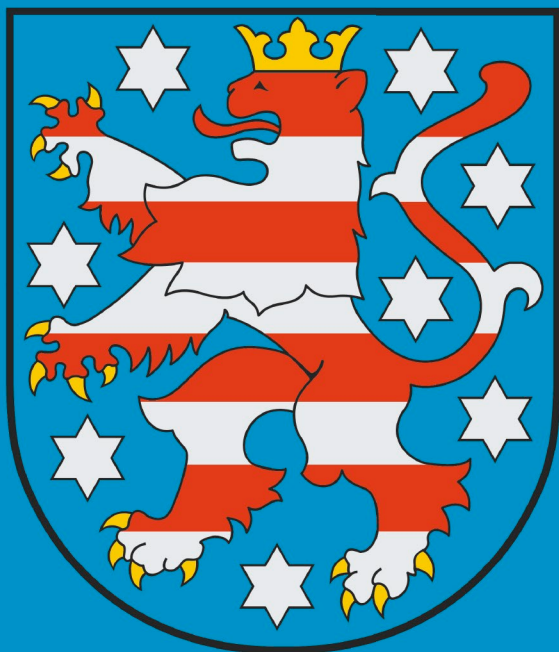


**LIV DIZINGER, KAI EICKER-WOLF,
JULIA LANGHAMMER,
MICHAEL RUDOLPH (HG.)**

STRUKTURWANDEL IN THÜRINGEN GESTALTEN

Herausforderungen in Industrie
und Dienstleistungen

**MIT EINEM VORWORT VON
BODO RAMELOW**



BÜCHNER

STRUKTURWANDEL IN THÜRINGEN GESTALTEN

Liv Dizinger/Kai Eicker-Wolf/
Julia Langhammer/Michael Rudolph (Hg.)

STRUKTURWANDEL IN THÜRINGEN GESTALTEN

Herausforderungen in Industrie
und Dienstleistungen



BÜCHNER-VERLAG

Wissenschaft und Kultur

Publiziert mit freundlicher Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin.



**ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG**

Liv Dizinger/Kai Eicker-Wolf/Julia Langhammer/Michael Rudolph (Hg.)

Strukturwandel in Thüringen gestalten

Herausforderungen in Industrie und Dienstleistungen

ISBN (Print) 978-3-96317-226-7

ISBN (ePDF) 978-3-96317-763-7

Copyright © 2020 Büchner-Verlag eG, Marburg

Satz und Umschlaggestaltung: DeinSatz Marburg | rn

Bildnachweis Umschlag: Thüringer Landeswappen

(<https://www.thueringer-landtag.de/landtag/geschichte/landeswappen/>)

Das Werk, einschließlich all seiner Teile, ist urheberrechtlich durch den Verlag geschützt. Jede Verwertung ist ohne die Zustimmung des Verlags unzulässig. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek:

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie, detaillierte bibliografische Angaben sind im Internet über <http://dnb.de> abrufbar.

www.buechner-verlag.de

Schriftliches Grußwort des Thüringer Ministerpräsidenten Bodo Ramelow

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir erleben gerade einen tiefgreifenden Strukturwandel, der alle Branchen umfasst und unsere Wirtschaft und Arbeit revolutionieren wird. Zunehmende Globalisierung, Digitalisierung und Klimawandel erfordern ein Umdenken ebenso wie eine Umgestaltung. In dieser Phase des Umbruchs steht Thüringen, wie auch viele andere Länder auf der ganzen Welt, vor einer weiteren großen Herausforderung. Unerwartet und mit großer Wucht traf die Corona-Pandemie die Thüringer Wirtschaft und verursachte ungeahnte Einschnitte. Ob wir gestärkt aus der Krise herausgehen und den Strukturwandel zum Erfolg führen können, hängt maßgeblich davon ab, ob es uns gelingt, wirtschaftliche Innovationskraft voll zu entfalten. Dabei kann Thüringen aus 30 Jahren Transformationserfahrung schöpfen.

Mit der friedlichen Revolution und der Wiedervereinigung ging für viele Menschen in der DDR der langersehnte Traum in Erfüllung, die Geschicke des Landes selbst in die Hand nehmen zu können. Damit einher ging aber auch ein extremer Umbruch, den die Menschen in den neuen Bundesländern verarbeiten und gestalten mussten. Die enorme wirtschaftliche Entwicklung, wie Thüringen sie seit 1990 genommen hat, hätte angesichts des massiven Strukturbruchs infolge der De-Industrialisierung wohl kaum jemand für möglich gehalten. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) zeigt die hohe Wirtschaftskraft unseres Landes: Im Vergleich zu 1990 ist das BIP um fast das Dreifache angewachsen auf 63,87 Mrd. Euro (2019). Kein Bundesland konnte seine Arbeitsproduk-

tivität derart steigern wie Thüringen. Seit Mitte der 90er Jahre hat sich der Anteil des verarbeitenden Gewerbes an der Thüringer Bruttowertschöpfung etwa verdoppelt und liegt mit knapp einem Viertel heute auf westdeutschem Niveau. Die gute wirtschaftliche Lage spiegelt sich auch in der Beschäftigung wieder. Im Jahr 2019 lag die Arbeitslosenquote in Thüringen bei durchschnittlich 5,3 Prozent – damit hat der Freistaat nicht nur die niedrigste Arbeitslosenquote unter den neuen Bundesländern, sondern hat auch etliche westdeutsche Länder überholt.

Die vielen kleinen und mittelständischen Unternehmen bilden das Rückgrat der Thüringer Wirtschaft und sind mit ihren Produkten auch international konkurrenzfähig: Laut einer Erhebung der Landesentwicklungsgesellschaft Thüringen sind 62 Thüringer Unternehmen Marktführer in Europa, 32 sogar Weltmarktführer. In einer Rangliste mit den 27 EU Staaten würde sich Thüringen mit seinem BIP pro Kopf auf Platz 10 einordnen, noch vor Italien. Die Einordnung in den europäischen Kontext zeigt, dass die Wirtschaft in Thüringen nach 30 Jahren Entwicklung unter den verschärften Bedingungen einer globalisierten Wirtschaftswelt, angekommen ist in der Mitte Europas. Auf diese Leistung dürfen die Unternehmerinnen und Unternehmer sowie die Beschäftigten zu Recht stolz sein.

Sowohl die aufgezeigten wirtschaftlichen Kennzahlen als auch hervorragende Standortfaktoren, wie die zentrale Lage in Europa und die Funktion Thüringens als logistisches Drehkreuz, eine gut ausgebaute Infrastruktur, eine lebendige Forschungslandschaft und eine hohe Lebensqualität in einem kulturell und landschaftlich reizvollen Umfeld, schaffen ein gutes Investitionsklima. Das bestätigen wichtige Investitionserfolge, wie die Ansiedlung des Unternehmens CATL im Industriegebiet »Erfurter Kreuz« – der erste europäische Produktionsstandort für Lithium-Ionen Batteriezellen überhaupt.

Trotz dieser sehr positiven Entwicklungen ist festzustellen, dass die De-Industrialisierung nach dem Zweiten Weltkrieg und nach 1990 Spuren hinterlassen hat, die bis heute sicht- und spürbar sind. Beispielsweise befindet sich die Firmenzentrale von Carl Zeiss nicht etwa in Jena, sondern in Oberkochen.

Das Fehlen von Konzernzentralen in Thüringen ist einer der Gründe, warum der Abstand zum Westen, trotz dynamischer wirtschaftlicher Entwicklung, noch immer gegeben ist. Hier eine Produktivitätslücke zu attestieren, spiegelt die hohe Produktivität der Thüringer Unternehmen jedoch nicht wider. Es gibt eine ganze Vielzahl von Thüringer Unternehmen, insbesondere auch im ländlichen Raum, mit einer sehr effizienten und konkurrenzfähigen Produktion. Jedoch erfolgt die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung sowie Steuerveranlagung zum wesentlichen Teil am Ort der Konzernzentrale. Beispielsweise kommt jeder dritte Motor im Hause Daimler aus Kölleda – hier abgerechnet wird lediglich die Zulieferstufe. Das Fehlen von Konzernzentralen kann insbesondere auch als Grund für die vergleichsweise niedrigen betrieblichen Ausgaben in Forschung und Entwicklung (FuE) gesehen werden, denn Entscheidungen über FuE-Aktivitäten werden in der Regel in der Zentrale getroffen. Das Beispiel des Unternehmens aus Kölleda zeigt auch ein weiteres Problem: Thüringen weist nach wie vor eine zu geringe Wertschöpfungstiefe auf. Thüringer Unternehmen sind überwiegend in der Vorleistungsgüterproduktion aktiv, die naturgemäß mit einer geringen Wertschöpfung verbunden ist. Wertschöpfungsketten zu erweitern und zu vertiefen sowie unseren Unternehmen dabei zu helfen, selbst Konzernzentralen zu werden, bleiben weiterhin wichtige Ziele der Landesregierung.

Gegenwärtig erleben wir mit der Digitalisierung und Globalisierung eine historische Umbruchsphase, die darüber entscheidet, ob wir innovativer Wirtschaftsstandort bleiben. Entscheidender Faktor ist die Innovationsfähigkeit unserer Unternehmen. Dabei setzen wir auf eine starke Forschungs- und Technologieförderung sowie leistungsfähige Innovationsinfrastrukturen. Viele kleine und mittelständische Unternehmen verfügen nur in einem geringen Maße über eigene Forschungs- und Entwicklungskapazitäten. Deshalb wollen wir ihnen den Zugang zu Wissen und Technologie erleichtern. Denn klar ist: Innovation entsteht durch Forschung. Neben Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen sind vor allem die wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen

gen sowie branchenspezifische Innovationszentren wertvolle Bestandteile der Forschungs- und Technologielandschaft Thüringens.

Wir wollen unsere Wirtschaftserfolge digital fortschreiben. Im Zentrum steht dabei die Industrie 4.0. Thüringer Unternehmen sind führend in Spitzentechnologien wie der Medizintechnik, Optik und Photonik, Sensorik, Steuer- und Regelungstechnik – den zentralen Treibern für die Industrie 4.0. Mit dem Maschinen- und Anlagenbau, Elektro- und Elektronikindustrie sowie Automobilindustrie dominieren in Thüringen zudem Branchen, die für die Industrie 4.0 besonders relevant sind. Diese Chancen gilt es, für weitere Wachstumsmöglichkeiten zu nutzen. Dabei bieten vor allem digitale Technologietrends wie RFID-Technik, Robotik, 3D-Druck, Smart Data und Künstliche Intelligenz ein hohes Potential, Geschäftsprozesse und Produktionen zu optimieren und zu automatisieren sowie neue Produkte und Dienstleistungen zu entwickeln.

Voraussetzung, um das enorme Potential der Digitalisierung auszu-schöpfen, ist superschnelles Breitband. Deshalb haben wir die »Glasfaserstrategie« gestartet, mit der wir Gigabit-Netze in alle Thüringer Regionen und Unternehmen bringen. Gleichzeitig machen wir Thüringen fit für den Mobilfunkstandard der fünften Generation – der Schlüsseltechnologie für die Datenkommunikation in Echtzeit. Dabei ist klar: Wir brauchen einen flächendeckenden 5G-Roll-Out, um auch die Betriebe im ländlichen Raum angemessen und zügig zu versorgen.

Gleichzeitig müssen wir die Chancen der Digitalisierung aufzeigen und für unsere Unternehmen nutzbar machen. Durch die Förderung digitaler Pilotprojekte in Industrie und Handwerk machen wir Thüringen zum Schaufenster digitaler Wirtschaft. In Kompetenzzentren Mittelstand 4.0 werden alle wichtigen Aspekte der Digitalisierung in Modellfabriken für den Mittelstand erfahrbar. In diesem Zusammenhang kommt auch der Qualifizierung der Beschäftigten eine Schlüsselfunktion zu. Denn die Digitalisierung bedeutet nicht zwingend Arbeitsplatzverluste. Vielmehr geht das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) davon aus, dass es anstelle einer Substitution von Arbeitsplätzen zu Veränderungen im Charakter der Tätigkeiten und Berufe kommen wird.

In einem ähnlich hohen Maße wie die Digitalisierung wird auch die Energie- und Verkehrswende unsere Industrie verändern. Wir werden unseren Wohlstand nur dauerhaft sichern können, wenn wir Ökonomie und Ökologie in Einklang miteinander bringen. Um eine vollumfassende Dekarbonisierung zu realisieren, ist insbesondere der Ausbau erneuerbarer Energien zu forcieren. Für Thüringen als Automobilzuliefererland ist es wichtig, zügig Lösungen im Sinne der Antriebswende zu entwickeln. Ziel dabei ist eine klimaneutrale Mobilität.

Angesichts der gegenwärtigen Krise durch die Corona-Pandemie besteht jedoch die Gefahr, dass die ohnehin großen Herausforderungen des Strukturwandels in den Schatten treten. Insbesondere der Dienstleistungssektor, allen voran Touristik und Gastronomie, leiden unter massiven Umsatzeinbrüchen. Der Absatzeinbruch der Automobilindustrie trifft Thüringer Zulieferer hart. Um krisenbedingte Insolvenzen von eigentlich leistungsfähigen Unternehmen abzuwenden, haben Bund und Land Ad-Hoc-Hilfen schnell und unbürokratisch bereitgestellt. Darüber hinaus gibt ein umfassendes Konjunkturpaket Anschub für den wirtschaftlichen Aufschwung. Auch in der Krise dürfen die aufgezeigten Herausforderungen des Strukturwandels nicht außer Acht gelassen werden. Deshalb ist es wichtig, dass Konjunkturhilfen und Fördermaßnahmen nicht etwa nur auf eine Wiederherstellung des Zustandes vor der Krise abzielen, sondern gleichsam darauf ausgerichtet sind, den Strukturwandel zu bewältigen. Darüber hinaus müssen wir auch in und trotz der Krise dem Fachkräftemangel weiterhin entgegenwirken. Andererseits droht dieser zum zusätzlichen Wachstumshemmnis zu werden.

Um den Herausforderungen von Krise und Strukturwandel erfolgreich zu begegnen und die Chancen zu nutzen, ist ein gemeinsames Vorgehen von Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Gewerkschaften erforderlich. Gemeinsam werden wir Thüringen gestärkt aus der Krise führen und unseren Erfolgsweg fortsetzen – mit mehr Digitalität, mehr Innovationen und mehr Nachhaltigkeit.

Bodo Ramelow
Ministerpräsident des Freistaats Thüringen

Inhalt

Schriftliches Grußwort des Thüringer Ministerpräsidenten <i>Bodo Ramelow</i>	5
<i>Michael Rudolph</i> Einleitung	13
<i>Klaus Dörre, Martin Ehrlich, Thomas Engel, Sarah Hinz, Madeleine Holzschuh, Ingo Singe, Johanna Sittel</i> Von Fachkräften, Zuwanderung und Arbeitsqualität: Arbeitsmarktdynamiken im Lichte attraktiver Beschäftigung in Thüringen	21
<i>Timo Hüther</i> Silicon Valley liegt nicht in Thüringen	39
<i>Madeleine Holzschuh, Maik Grundmann, Michael Ebenau</i> Last man standing? – Thüringens Automobil- und Zulieferindustrie in der Transformation	59
<i>Interview mit Andreas Schmidt</i> Thüringer Industrie im Wandel	79
<i>Steffi Recknagel</i> Jetzt Weichen stellen für eine Mobilitätswende in Thüringen!	87
<i>Helena Müller</i> Frauen vorne?! Stand der Gleichstellung und Herausforderungen feministischer Politik in Thüringen	101
<i>Corinna Hersel</i> Pflege in Thüringen – Krise oder Chance?	113

<i>Interview mit Kathrin Vitzthum</i> »Gute Bildung und Gute Arbeit im Bildungssystem sind zwei Seiten einer Medaille«	129
<i>Jens Löbel, Uwe Roßbach</i> Die Krisen des globalisierten Tourismus in Thüringen	139
<i>Liv Dizinger, Melanie Pohner</i> »Gute Arbeit« in der regionalen Strukturpolitik	155
<i>Julia Langhammer</i> Das Thüringer Vergabegesetz im Jahr 2020 – Potenziale und weitere Aufgaben	171
<i>Kai Eicker-Wolf, Julia Langhammer</i> Landes- und Kommunalfinanzen in Thüringen	185
Autorinnen und Autoren	219

Einleitung

*Michael Rudolph, Vorsitzender des DGB-Bezirks Hessen-Thüringen
(im Namen der Herausgeberinnen und Herausgeber)*

Industrie und Dienstleistungen befinden sich in Thüringen in einem Veränderungsprozess, der tiefgreifende Auswirkungen auf die Beschäftigten und ihre Arbeitsbedingungen hat. Die Digitalisierung, der Klimawandel, die demografische Entwicklung und die Folgen weltweiter Verflechtung sind einige der Herausforderungen, die bewältigt werden müssen. Aktuell kommen die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Krise hinzu, die bereits vorhandene Problemlagen noch einmal beschleunigt und verschärft haben. Den Wandel zukunftsfähig zu gestalten, ist die zentrale Aufgabe der Strukturpolitik. Im vorliegenden Buch werden die Herausforderungen beschrieben, vor denen die Thüringer Wirtschaft und die hier arbeitenden Menschen stehen. Auf dieser Grundlage werden Handlungsempfehlungen für die Landespolitik formuliert. In ihren jeweiligen Beiträgen machen die Autorinnen und Autoren auf die Folgen des Wandels für die Beschäftigten in unterschiedlichsten Bereichen aufmerksam. Dabei sehen sie sowohl Chancen als auch Risiken. Um Risiken zu minimieren und Chancen zu nutzen, ist eine gezielte und aktiv gestaltende Industrie- und Dienstleistungspolitik auf Landesebene erforderlich. Die Autorinnen und Autoren machen in ihren Beiträgen konkrete Vorschläge, wie der Wandel im Sinne der Beschäftigten und vor den Kriterien »Guter Arbeit« gestaltet werden kann.

Die Bundeszentrale für politische Bildung definiert Strukturpolitik folgendermaßen: »Als Strukturpolitik [...] bezeichnet man die Gesamtheit aller politischen Maßnahmen, die darauf abzielen, die Struktur einer

Volkswirtschaft anders zu gestalten, als diese einzig durch das Wirken von Marktkräften entstanden wäre« (Dehling/Schubert 2013). Dabei wird zwischen sektoraler und regionaler Strukturpolitik unterschieden. Die sektorale Strukturpolitik, auch Dienstleistungs- und Industriepolitik, hat zum Ziel, die Entwicklung einzelner Branchen zu beeinflussen. Die regionale Strukturpolitik will die Entwicklung in einzelnen Regionen beeinflussen. Ihr Ziel ist es laut dem Grundgesetz, gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland herzustellen (Art. 72, Abs. 2 GG). Die Strukturpolitik ist eng verknüpft mit anderen Politikbereichen, etwa mit der Wirtschaftspolitik.

Viele Politikerinnen und Politiker stehen einer aktiven Strukturpolitik und arbeitnehmerorientierten Eingriffen in die wirtschaftliche Entwicklung ablehnend gegenüber. Dieser Haltung liegt die neoliberale Vorstellung zugrunde, dass freie Märkte staatlichen Eingriffen überlegen sind. Dieser Vorstellung ist das vorliegende Buch nicht verhaftet. Vielmehr sind unserer Ansicht nach staatliche Eingriffe notwendig, um den Strukturwandel im Sinne der Beschäftigten zu gestalten. Dazu gehört eine Strukturpolitik, die sich an einer Strategie für *Gute Arbeit* orientiert sowie Tarifbindung und Mitbestimmung fördert (vgl. hierzu ausführlich: Dizinger/Eicker-Wolf 2016).

Eine Aufgabe der Strukturpolitik ist es, einzelne Branchen und Regionen gezielt zu unterstützen, um hochwertige Arbeitsplätze und Wertschöpfungsketten zu sichern und zu schaffen. Dafür ist ein handlungsfähiger Staat notwendig, der über ausreichend finanziellen Spielraum verfügt, um aktiv gestalten zu können. Abzulehnen ist eine Struktur- und Wirtschaftspolitik, die primär dem Ausbau niedrig entlohnter und prekärer Jobs dient. Die Platzierung Thüringens als Niedriglohnland hat zu einer deutlichen sozialen Spaltung beigetragen und in vielen Fällen gerade nicht zur Entwicklung nachhaltig stabiler und hochwertiger Industrie- und Dienstleistungsstrukturen geführt.

Die Landespolitik kann auf zwei Ebenen strukturpolitisch wirksam werden. Sie kann direkt auf der Landesebene intervenieren oder indirekt über den Bundesrat auf der Bundesebene auf die gesamtstaatliche Po-

litik Einfluss nehmen. Dabei ist sie nicht alleiniger strukturpolitischer Akteur; sie handelt innerhalb eines nationalen und europäischen Rahmens. Zu den weiteren Akteuren gehören insbesondere Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräte, wenn es darum geht, den Wandel im Sinne der Beschäftigten zu gestalten.

Die Thüringer Koalitionäre Die Linke, SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben sich in ihrem Koalitionsvertrag vom Januar 2020 dazu verpflichtet, gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Teilen des Freistaats herzustellen. Darüber hinaus bekennen sie sich zu einer Strategie für *Gute Arbeit*. In ihrem Koalitionsvertrag heißt es: »Die Arbeitswelt von morgen muss sich an den Kriterien Guter Arbeit orientieren: Unsere Ziele bleiben gute Bezahlung und gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit« (Die Linke/SPD/Bündnis/Die Grünen 2020: 7). Aktuell verfügt die Regierungskoalition über keine eigene parlamentarische Mehrheit, sondern muss um eine Kompromissfindung mit der Opposition bemüht sein. Das vorliegende Buch verstehen wir damit auch als Debattebeitrag zu der Fragestellung wie eine Strukturpolitik, die sich an einer Strategie für *Gute Arbeit* orientiert, konkret ausgestaltet werden könnte. Im kommenden Jahr stehen erneut Landtagswahlen an. Auch danach wird eine entscheidende Frage sein, wie die Interessen der Beschäftigten auf Landesebene berücksichtigt werden. Das Buch soll hierbei Orientierung geben – verbunden mit der Hoffnung, dass jetzt und in Zukunft unsere Vorschläge aufgegriffen und umgesetzt werden.

Nach diesen einleitenden Worten kommen wir nun zum Aufbau des vorliegenden Buchs: Den Anfang des Bandes bildet ein Beitrag zur Fachkräftestrategie in Thüringen. Dieser trägt den Titel »Von Fachkräften, Zuwanderung und Arbeitsqualität: Arbeitsmarktdynamiken im Lichte attraktiver Beschäftigung in Thüringen«. Der Beitrag zeigt die arbeitsmarktpolitischen Herausforderungen auf, von denen Thüringen besonders betroffen ist. Die Autorinnen und Autoren Klaus Dörre, Martin Ehrlich, Thomas Engel, Sarah Hinz, Madeleine Holzschuh, Ingo Singe und Johanna Sittel von der Friedrich-Schiller-Universität Jena leiten aus

ihrer Analyse konkrete Thesen für eine proaktive Strukturpolitik und eine Strategie für *Gute Arbeit* ab.

Die Digitalisierung verändert die Arbeitswelt. Daher steht diese im Zentrum des nächsten Aufsatzes, der von Timo Hüther (Arbeit und Leben Thüringen) unter dem Titel »Silicon Valley liegt nicht in Thüringen« geschrieben wurde. Hüther plädiert für einen arbeitszentrierten Politikansatz, der die Chancen der Digitalisierung nutzt und die Risiken für die Beschäftigten minimiert. Zudem sollten die neuen Technologien dazu verwendet werden, eine humanere Arbeitswelt zu gestalten. Die Frage, wie sich Thüringen durch einen solchen arbeitszentrierten Politikansatz vom Silicon Valley abheben kann, steht im Fokus des Beitrags.

Im nächsten Beitrag geht es um die Beschäftigten in der Automobil- und Zulieferindustrie, die besonders stark von einer transformativen Entwicklung betroffen sind und erheblichen Herausforderungen wie etwa der Digitalisierung, der Dekarbonisierung und der zunehmenden weltwirtschaftlichen Verflechtung gegenüberstehen. Der Beitrag »Last man standing? – Thüringens Automobil- und Zulieferindustrie in der Transformation« wurde von Madeleine Holzschuh (FSU Jena), Michael Ebenau (IG Metall) und Maik Grundmann (IG Metall) verfasst. Die Autorin und die Autoren sprechen sich für eine gezielte Industriepolitik auf der Landesebene aus, die qualitativ hochwertige Arbeitsplätze in Thüringen erhält und schafft.

In dem dann folgenden Interview erläutert Andreas Schmidt (IG BCE), wie eine zukunftsfähige Industriepolitik auf Landesebene konkret ausgestaltet werden sollte, um die Interessen der Beschäftigten berücksichtigen zu können. In dem Interview nimmt Schmidt Stellung zu Klimastrategie und Energiepolitik Thüringens. Besonders im Fokus stehen die Folgen, die sich aus den klima- und energiepolitischen Entscheidungen für die Beschäftigten ergeben und die Frage, wie sich diese bewältigen lassen.

Eine zentrale Voraussetzung für eine Mobilitätswende in Thüringen sind mehr Investitionen in den Öffentlichen Personennahverkehr. Dies zeigt Steffi Recknagel (EVG) in ihrem Aufsatz »Jetzt Weichen stellen für eine Mobilitätswende in Thüringen!« auf. Darin stellt sie ein detailliertes

Mobilitätskonzept für Bus und Bahn in Thüringen vor. Dabei differenziert die Autorin nach Verkehrslösungen für den städtischen und den ländlichen Raum. Hierzu gehören insbesondere ein Regio-S-Bahn-System und ein landesweiter Verkehrsverbund.

Helena Müller (GEW) beschäftigt sich in ihrem Beitrag »Frauen vorne?! Stand der Gleichstellung und Herausforderungen feministischer Politik in Thüringen« mit der Arbeitsmarktsituation von Frauen. Ein großes Problem ist weiterhin die große Lohnungleichheit zwischen den Geschlechtern. Frauen sind zudem stärker in prekären und niedrig entlohnten Jobs vertreten. Auf Basis ihrer Analyse des Arbeitsmarktes leitet die Autorin Handlungsempfehlungen für Thüringen ab. Eine ihrer zentralen Forderungen lautet: »Gleiches Geld für gleichwertige Arbeit«.

Eine Branche, in der überwiegend Frauen arbeiten, ist die Pflegebranche. Mit dieser beschäftigt sich Corinna Hersel (ver.di) in ihrem Aufsatz »Pflege in Thüringen – Krise oder Chance?«. Aufgrund des demografischen Wandels wird der Bedarf an Pflegekräften erheblich ansteigen. Die Branche ist jedoch überwiegend durch niedrige Löhne und ungünstige Arbeitsbedingungen gekennzeichnet. Um den Fachkräftebedarf zu decken, plädiert die Autorin deswegen für eine Aufwertung des Pflegeberufs, eine Bürgerversicherung, mehr Personal und einen bundesweiten Tarifvertrag.

Das Interview mit Kathrin Vitzthum (GEW) behandelt das Bildungssystem in Thüringen. Kitas, Schulen und auch Hochschulen zeichnen sich durch eine zu dünne Personaldecke aus. Dass der Personalbedarf der Bildungseinrichtungen in den kommenden zehn bis fünfzehn Jahren gedeckt werden kann, ist die zentrale bildungspolitische Herausforderung in Thüringen, wie Vitzthum verdeutlicht. Die Corona-Krise habe zudem den politischen Entscheidungsträgern mit aller Deutlichkeit bewusst gemacht, dass eine angemessene Digitalisierung in den Schulen unabdingbar ist. Mit Blick auf die Bildungsinfrastruktur sei es deshalb eine vordringliche Aufgabe, den vorhandenen Standard auszubauen.

Im Hotel- und Gaststättengewerbe sind die Beschäftigten besonders stark von niedrigen Löhnen und prekären Jobs bis hin zu ausbeuteri-

schen Arbeitsbedingungen betroffen. Dies zeigen Jens Löbel (NGG) und Uwe Rossbach (Arbeit und Leben Thüringen) in ihrem Beitrag »Die Krisen des globalisierten Tourismus in Thüringen« auf. In ihrem Beitrag befassen sie sich mit der wirtschaftlichen Entwicklung und der Situation der Beschäftigten in der Tourismusbranche in Thüringen vor dem Hintergrund der Globalisierung. Dabei setzen sie sich kritisch damit auseinander, was diese Entwicklung für den Tourismus als strukturelles Handlungsfeld bedeutet.

Im Zentrum des Beitrags von Liv Dizinger (DGB) und Melanie Pohner (DGB-Bildungswerk Thüringen e.V.) steht die regionale Strukturpolitik in Thüringen in der EU-Förderperiode 2014 bis 2020. Die Autorinnen zeigen auf, wie eine Strategie für *Gute Arbeit* in der regionalen Strukturpolitik umgesetzt werden kann. Sie stellen dazu drei Projekte vor, die vom DGB-Bildungswerk Thüringen e.V. in Kooperation mit Arbeit und Leben Thüringen e.V. durchgeführt und aus Strukturförderungsmitteln unterstützt werden. Am Schluss diskutieren sie die Herausforderungen für die künftige EU-Förderperiode 2021–2027.

Im Zentrum des Aufsatzes von Julia Langhammer (DGB) steht das Thüringer Vergabegesetz. Der Titel lautet: »Das Thüringer Vergabegesetz im Jahr 2020 – Potenziale und weitere Aufgaben«. Darin zeigt die Autorin die Notwendigkeit von Tariftreuerregelungen bei der öffentlichen Auftragsvergabe auf. Nach einem Rückblick auf die Rechtsentwicklung beschäftigt sich Langhammer mit dem aktuell geltenden Gesetz und den Potenzialen, die sich daraus für *Gute Arbeit* ableiten lassen.

Kai Eicker-Wolf (DGB) und Julia Langhammer (DGB) befassen sich in ihrem Beitrag zum einen in allgemeiner Form mit den Finanzen von Land und Kommunen in Thüringen. Zum anderen betrachten sie die Entwicklung im öffentlichen Dienst. Mit Blick auf zentrale Aufgaben der Daseinsvorsorge kommt diesem eine besonders hohe Bedeutung zu. Die Autorin und der Autor zeigen, dass die Haushaltspolitik in Thüringen in der langen Frist restriktiv ausfällt, was sich unter anderem in der Personalentwicklung im öffentlichen Dienst und in einem Rückgang der staatlichen Investitionen widerspiegelt. Deshalb, so Eicker-Wolf und

Langhammer, wäre es wünschenswert, das Land würde sich offensiv für eine Reform der Schuldenbremse sowie eine Steuerpolitik einsetzen, die die Ungleichheit von Einkommen und Vermögen in Deutschland korrigiert. Auf dieser Basis könnten notwendige Ausgaben finanziert und auch die Corona-Krise und ihre Folgen bewältigt werden.

Neben den einzelnen Autorinnen und Autoren für ihre Beiträge gilt ein besonderer Dank der Rosa-Luxemburg-Stiftung, die das Buch gefördert hat. Außerdem möchten wir uns bei Anja Peschke vom DGB-Bezirk Hessen-Thüringen bedanken, die uns bei der Erarbeitung der Interviews und Grafiken unterstützt hat.

Literatur

Die Linke, SPD, Bündnis 90/Die Grünen (2020): Koalitionsvertrag »Gemeinsam neue Wege gehen. Thüringen demokratisch, sozial und ökologisch gestalten«.

Dehling, Jochen/Schubert, Klaus (2013), Strukturpolitik, in: Andersen, Uwe/Woyke, Wichard (Hg.), Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, 7. akt. Aufl., Heidelberg, <https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/202190/strukturpolitik> (abgerufen: 21.05.2020)

Dizinger, Liv/Eicker-Wolf, Kai (2016), Strukturwandel in Hessen gestalten, Darmstadt.

Von Fachkräften, Zuwanderung und Arbeitsqualität: Arbeitsmarktdynamiken im Lichte attraktiver Beschäftigung in Thüringen

*Klaus Dörre, Martin Ehrlich, Thomas Engel, Sarah Hinz,
Madeleine Holzschuh, Ingo Singe, Johanna Sittel*

1. Einleitung und Thesen

Angesichts der vielfältigen aktuellen Entwicklungen – zu denen nicht nur Digitalisierung und demografischer Wandel, sondern auch instabile politische Konstellationen sowie ökologische Belastungsgrenzen zählen – sieht sich der Arbeitsmarkt mit diversen Umbrüchen und Herausforderungen konfrontiert. Hierzu gehören Fachkräftengpässe und veränderte Ansprüche der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer genauso wie prekäre Beschäftigungsverhältnisse, Einkommensungleichheit und (teilweise) geschwächte Arbeitsbeziehungen. Von diesen Entwicklungen ist Thüringen besonders betroffen. Der folgende Beitrag stützt sich auf die langjährigen Forschungserfahrungen des Arbeitsbereichs Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und fokussiert auf folgende Themen: Arbeitsmarktdynamik und Fachkräfteproblematik; Qualität von Arbeit und Beschäftigung sowie Ansprüche von »Neuen ArbeitnehmerInnen«; neue Erwerbspersonenpotenziale und Integrationschancen. Ein Vorschlag zur proaktiven Industriepolitik der Innovations- und Fachkräftesicherung rundet den Beitrag ab. Dazu formulieren wir folgende zentrale Thesen:

These eins (Anspruchswandel): Fachkräftengpässe und Fachkräftemangel¹ stellen eine Belastung für die wirtschaftliche Entwicklung von

1 Fachkräftemangel bezeichnet ein dauerhaftes Defizit an qualifizierten Arbeitskräften. Fachkräftengpässe oder Fachkräftelücken beschreiben hingegen ein vorübergehendes qualitatives *Mismatch* zwischen der regionalen und/oder quali-

Thüringen dar. Vor dem Hintergrund einer deutlich veränderten Arbeitsmarktsituation beobachten wir eine Neukonfiguration der Anspruchsdimensionen von Beschäftigten an Arbeit. Zwar bleiben Ansprüche an leistungsgerechte Entgelte und Arbeitsplatzsicherheit bedeutsam, werden aber zusehends durch Ansprüche an Partizipation im Betrieb, gesundheitsförderliche Arbeitsstrukturen und -zeiten, die Begrenzung von Arbeitsintensivierung und bessere Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Arbeit und Leben erweitert. Kurzum: Wenn der Lohn stimmt und Beschäftigungssicherheit gegeben ist, gewinnen qualitative Arbeitsansprüche subjektiv an Bedeutung.

These zwei (Dysfunktionalität): »Billiger-Strategien« von Unternehmen, die angesichts hoher Erwerbslosigkeit zumindest indirekt von der disziplinierenden Wirkung profitieren konnten, welche ein wenig aufnahmefähiger Arbeitsmarkt auf die Beschäftigten ausübte, erweisen sich gegenwärtig als nicht mehr tragfähig, ja als dysfunktional. Wenn Thüringen sich als attraktiver ArbeitnehmerInnenstandort positionieren will, muss das Delta zwischen Arbeitsansprüchen und -realitäten deutlich verringert werden.

These drei (Veränderungsbedarf): Erforderlich sind insbesondere die Eindämmung prekärer Beschäftigungsverhältnisse und die Verringerung der Einkommensungleichheit sowie eine Stärkung organisierter Arbeitsbeziehungen. Ohne Veränderungen in diesen Bereichen, die Erhöhung der Tarifbindung und eine stärkere Verankerung betrieblicher Mitbestimmung lässt sich die Fachkräfteproblematik nicht erfolgreich bewältigen.

These vier (Zuwanderung): Ohne bessere Nutzung noch vorhandener Arbeitskräftepotenziale und gezielter Zuwanderung sind die Probleme am Thüringer Arbeitsmarkt nicht zu lösen. Fremden- und Migrationsfeindlichkeit sind deshalb, zumal wenn sie politisch geschürt werden, ein ernsthaftes Hindernis für eine dynamische Wirtschaftsentwicklung.

fikationsspezifischen Arbeitsnachfrage und dem zugänglichen Arbeitskraftangebot. Die Definition des Arbeitskraftmangels sieht von qualifikatorischen Kriterien ab und ist gekennzeichnet durch eine Arbeitsnachfrage, die dauerhaft über dem Arbeitsangebot liegt.